LZ-Rheinland

Artikel vom 02.05.2019 · Ausgedruckt am 13.11.2026, 09:10 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/parteien-auf-position

Parteien auf Position

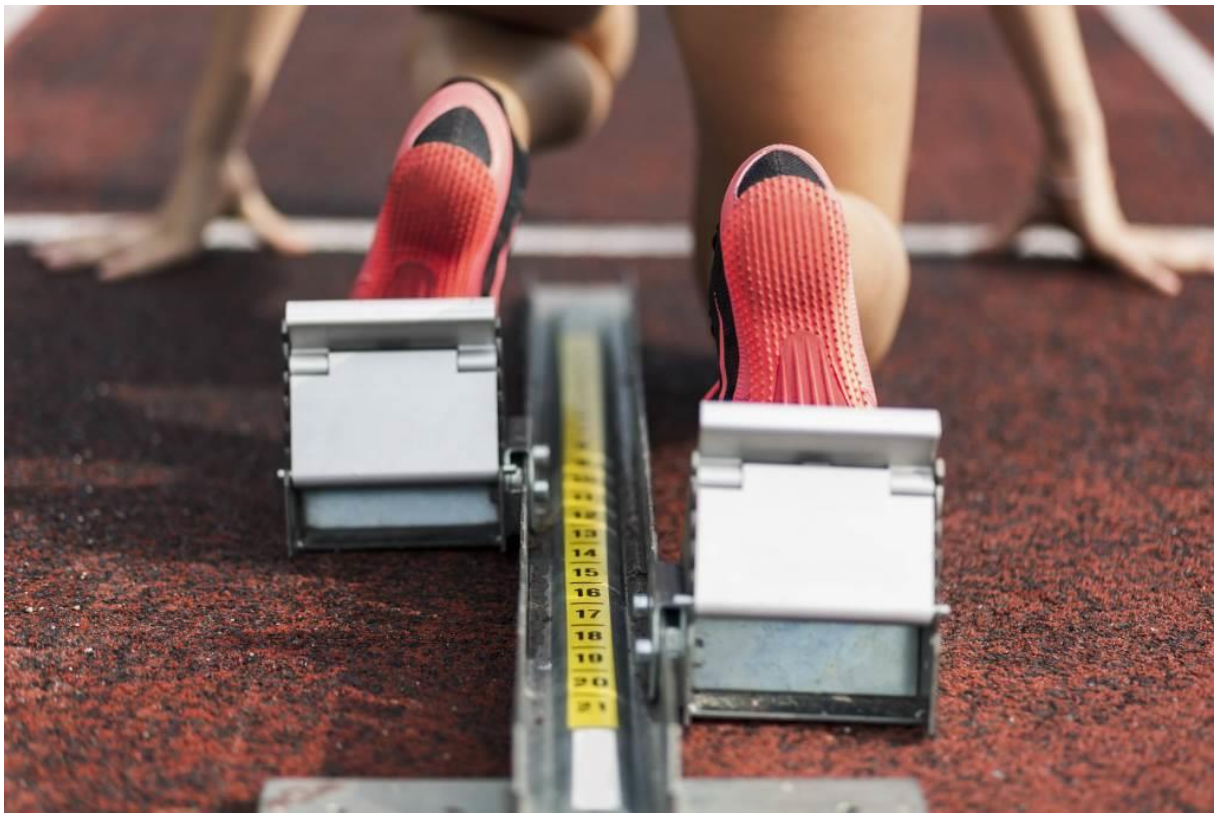


Foto: imago

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Linken und Grünen haben sich auf Anfrage des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) im Kontext der bevorstehenden Europawahl zu den Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung positioniert. Demnach wollen die Unionsparteien im Rahmen einer nachhaltigen europäischen Digitalstrategie die Digitalisierung der Landwirtschaft unterstützen, damit diese Dünge- und Pflanzenschutzmittel einsparen und so ressourcenschonender und umweltfreundlicher produzieren kann. Gestärkt werden sollen zudem der ländliche Raum und regionale Wertschöpfungsketten. Einen effizienten und wirksamen Klimaschutz will die Union durch eine internationale Bepreisung von Treibhausgasemissionen erreichen. Nach Ansicht der SPD muss die Klimaneutralität bis 2050 das „zentrale Projekt“ der Europapolitik werden. Durch neue, vernetzte Technologien sieht die SPD die Chance, die CO_2-Emissionen im Mobilitätssektor deutlich zu reduzieren.

Die FDP betont derweil, dass „eine nachhaltige Entwicklung nicht staatlich verordnet werden kann“. Stattdessen müsste jeder Bürger die Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen. Die Liberalen fordern einen „ambitionierten Breitbandausbau“ und die Aufrüstung des Mobilfunkstandards auf 5G. Für die Linke muss eine nachhaltige europäische Digitalstrategie in erster Linie dem Gemeinwohl dienen. Für die Partei folgt daraus beispielsweise, dass nicht-personenbezogene Daten, deren Erhebung mit

Steuergeldern finanziert wurde, der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung stehen müssen. Diese sei beispielsweise in den Bereichen Landwirtschaft, Energie, Klimaschutz und Gesundheit der Fall. Investitionen will die Linksfraktion schwerpunktmäßig in strukturschwache Regionen lenken und dabei besondere Schwerpunkte auf erneuerbare Energien, flächendeckende digitale Teilhabe sowie nachhaltige Verkehrsmittel legen.

Die Grünen wollen ähnlich wie die Sozialdemokraten den gesamten EU-Haushalt an den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) ausrichten und einen verpflichtenden „Nachhaltigkeitscheck“ einführen. Außerdem fordert die Partei die Abkehr vom „Sektorendenken“ und eine „integrierte Agrar- und Ernährungspolitik, die gesunde Nahrungsmittel für die Verbraucher erzeugt, dabei die Umwelt, Klima, Böden und Tiere schützt und ländliche Regionen stärkt“. Die AfD blieb nach Angaben des RNE eine Antwort schuldig. *AgE*